Erscheint täglich
früh 6½ Uhr.

Redaction und Expedition
Johannesgasse 8.
Sprechstunden der Redaction:
Vormittags 10—12 Uhr.
Nachmittags 5—6 Uhr.
Für die Rückgabe eingesendeter Manuscripte macht sich die Redaction nicht verbindlich.

Annahme der für die nächstfolgende Nummer bestimmten Inserate an Wochentagen bis 3 Uhr Nachmittags, an Sonn- und Festtagen früh bis ½9 Uhr.
In den Filialen für Ins.-Annahme:
Otto Klemm, Universitätsstraße 1,
Louis Lösche,
Katharinenstr. 23 part. u. Königsplatz 7,
nur bis ½5 Uhr.

# Leipziger Tageblatt und Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Auflage 19,750.
Abonnementspreis vierteljährlich 4½ Mk incl. Bringerlohn 5 Mk., durch die Post bezogen 6 Mk. Jede einzelne Nummer 20 Pf. Belegexemplar 10 Pf.
Gebühren für Extrabeilagen
(in Tagblatt-Format gefalzt)
ohne Postbeförderung 60 Mk.
mit Postbeförderung 70 Mk.

Inserate 6gespaltene Petitzeile 20 Pf.
Größere Schriften laut unl. Preisverzeichniß.
Tabellarischer u. Ziffernsatz nach höherem Tarif.
Reclamen
unter dem Redactionsstrich die 4gespalt. Zeile 50 Pf., vor den Familiennachrichten die 6gespaltene Zeile 40 Pf.
Inserate sind stets an die Expedition zu senden. — Rabatt wird nicht gegeben.
Zahlung praenumerando oder durch Postnachnahme.

№ 332. Montag den 28. November 1887. 81. Jahrgang.

## Amtlicher Theil.

### Bekanntmachung.

Das 45. Stück des diesjährigen Reichsgesetzblattes ist bei uns eingegangen und wird bis zum 20. December dss. Js. auf dem Rathhausflure zur Einsichtnahme öffentlich aushängen.

Dasselbe enthält:

Nr. 1766. Verordnung, betreffend die Rechtsverhältnisse in dem Schutzgebiet der Deutsch-Ostafrikanischen Gesellschaft. Vom 18. November 1887.

Leipzig, den 24. November 1887.

**Der Rath der Stadt Leipzig.**
Dr. Georgi. Krumbiegel.

### Ausschreibung.

Die zu dem Umbau im **Leihhausgebäude** erforderlichen **Glaserarbeiten** sollen vergeben werden.

Bedingungen und Unterlagen hierzu können im Bauamte, Hochbauverwaltung, Rathhaus, II. Obergeschoß, gegen Erlegung von 30 ₰ entnommen werden.

Die Gebote sind versiegelt mit der Aufschrift **„Glaserarbeiten im Leihhausgebäude"** bis zum 6. December a. Abends 5 Uhr an obenbezeichneter Stelle einzureichen.

Der Rath behält sich die Auswahl unter den Bewerbern oder die Ablehnung sämmtlicher Angebote vor.

Leipzig, den 23. November 1887.

**Des Raths der Stadt Leipzig**
**Baudeputation.**
Stadtbaurath Hecht.

Im Gewahrsam des unterzeichneten Polizeiamts befinden sich seit dem 1. d. M. folgende in einer hiesigen Buchhandlung zum Kaufe angebotene, noch sämmtlich neue und vermuthlich von einem Diebstahle herrührende Bücher:

1) Wörterbuch der französischen und deutschen Sprache von M. A. Thibaut. 110. Auflage. 1887.
2) Vollständiges griechisch-deutsches Wörterbuch über die Gedichte des Homeros und der Homeriden von Dr. Seiler. 8. Auflage. 1878.
3) Gemälde der Expeditionsschiffe von Jochmann und Hermes. 10. Auflage. 1882.
4) La France Littéraire von Herrig und Burguy. 37. Aufl. 1884.
5) Schulgrammatik der französischen Sprache von Dr. Plötz. 30. Auflage. 1887.

Es wird gebeten, irgend welche sachdienliche Mittheilungen der Criminalabtheilung des unterzeichneten Polizeiamts zur Kenntniß zu bringen.

Leipzig, am 11. November 1887.

**Das Polizeiamt der Stadt Leipzig.**
Nr. 3062 Ia. Bretschneider. Dr. G.

Erstatteter Anzeige zufolge hat der Kellner **Robert Gustav Kegel** aus Zaschendorf sein am 19. August 1883 vom Gemeindevorstand in Brieskitz ausgestelltes Dienstbuch vor längerer Zeit in hiesiger Stadt verloren.

Wir bitten, das Buch im Auffindungsfalle bei uns abzugeben.

Leipzig, am 19. November 1887.

**Das Polizeiamt der Stadt Leipzig.**
II. 7227. Bretschneider. Faldix.

Erstatteter Anzeige zufolge ist das der **Anna Auguste Schadut** aus Bitterfeld von der dortigen Polizeiverwaltung am 30. Juni 1879 ausgestellte Dienstbuch im vorigen Monat auf dem Wege von Volkmarsdorf nach Leipzig verloren gegangen.

Es wird gebeten, dasselbe im Auffindungsfalle anher abzuliefern.

Leipzig, am 24. November 1887.

**Das Polizeiamt der Stadt Leipzig.**
II. 7890. Bretschneider. Dietrich.

### Bekanntmachung. Liebertwolkwitz.

Die hiesige Polizeidienerstelle, mit der ein festes Jahres-Einkommen von 800 ℳ und freie Wohnung verbunden ist, wird am 1. April 1888 frei. Bewerber haben ihre selbstgeschriebenen Gesuche mit obrigkeitlichen Zeugnissen längstens **bis zum 15. December d. J.** anher einzureichen.

Liebertwolkwitz, am 26. November 1887.

**Der Gemeinderath.**
Dyck.

## Nichtamtlicher Theil.

### Rußland und der Dreibund.

* Die Haltung **Rußlands** den drei verbündeten Centralmächten, **Deutschland, Oesterreich** und **Italien**, gegenüber beschäftigt die gesammte europäische Presse und besonders die **Enthüllungen** der „Kölnischen Zeitung" über die **Begegnung des Reichskanzlers Fürsten von Bismarck** mit dem **Zaren** sind es, welche im Vordergrunde der politischen Discussion stehen. Zur Sache schreibt die „Kölnische Zeitung" selbst:

Daß die deutsche Thronrede die auswärtige Lage ohne jede Schwarzseherei doch auch nicht gerade rosig malt, indem sie erklärt, daß Deutschland, fremd allen Versuchungen zu Bedrohungen seiner Nachbarn, stark und gerüstet sei, Ueberfällen derselben zu wehren, und entschlossen sei, sich zu diesem Zwecke noch wehrhafter zu machen, ist allseitig erkannt worden, von der Börsenwelt sowohl wie von der politischen. Daß unsere Verträge und Bündnisse zu diesem Zweck ausdrücklich betont wurden, wogegen der russische Kaiserbesuch unerwähnt bleibt, hat dieser Auffassung noch eine weitere Berechtigung gegeben. Es geht aus diesen Umständen deutlich hervor, daß der Besuch des russischen Kaisers in Berlin, so werthvolle und selbst erfreuliche Aufklärungen er sonst auch gebracht hat, die allgemeine Lage zunächst nicht zu bessern vermochte. In der noch immer ungelösten bulgarischen Schwierigkeit hat sich in Paris eine Verwirrung geschaffen, deren Entwickelung sehr leicht Gefahren von dort herauszubeschwören könnte, die unter Umständen nicht zu besorgen waren. Gerade im Hinblick auf die neuesten Ereignisse in Paris und die verwandtschaftlichen Beziehungen des erwähnten und regierenden Fürsten von Bulgarien zu dem orleanistischen Prinzenhause, das den Thron Frankreichs beanspruchen, ist es von Bedeutung, wie sich die französische und die von Paris aus bediente auswärtige Presse zu den Mittheilungen der „Kölnischen Zeitung" über die Unterredung des Zaren mit dem Fürsten Bismarck stellt. Soweit sie überhaupt politische Ziele verfolgt, ist sie von den Mittheilungen sämmtlich erschreckt und versucht ihre Verlegenheit hinter dreiste Ableugnung der Thatsache — wie „Liberté" und „Temps" — oder sie sucht darzuthun, daß der Graf von Paris mit der Prinzessin Clementine von Coburg und ihrem Vater gar nichts zu schaffen habe, ja, daß das Haupt der Familie Orleans das bulgarische Abenteuer ihres Verwandten aufs Höchste mißbilligte; — so „National" und „Times". Am verdächtigsten ist die Haltung des „Temps", der sich zu der Fälschung verpflichtet, die „Kölnische Zeitung" nehme ihre Meldungen zurück. Zum Beweise führt das Pariser Blatt die Verspottung der „Kreuzzeitung" an und verschweigt, daß die Bemerkung der „Kölnischen Zeitung", sie könne nicht einmal beweisen, daß der Zar und Bismarck ein einziges Wort miteinander gewechselt hätten, gegen die „Kreuzzeitung" gerichtet war. Das Gewissen des „Temps" scheint nicht das beste zu sein, da er als einzigen Zeugen seiner Auffassung die „Kreuzzeitung" hat, die in ihrem verdächtigen Uebereifer ganz allein in der gesammten deutschen Presse steht. Wir wollen, da das Petersburgerblatt, statt seiner Wahrheitsliebe zuzugeben, sich in einigen neuen Ungezogenheiten ergeht und erklärt, wir hätten uns schlecht ausgedrückt, hierher setzen, was ihm die „Vossische Zeitung" auf seine unverschämten Anpöbelungen zu erwidern gab. Da heißt es zutreffend: „Es macht einen nicht ganz unverdächtigen Eindruck, wenn der erste Anwalt jener „Hofkreise", der sich zum Worte meldet, anstatt auf das richtige Anklagethema zu erwidern, ein falsches zu unterstellen versucht. Was in Bezug auf jene Kreise behauptet worden ist, betrifft lediglich die Verbreitung der Vorstellung, daß die auswärtige deutsche Politik nicht immer den inneren Wünschen des Kaisers entspreche, eine Vorstellung, die in früheren Jahren, wie erinnerlich, auch in Bezug auf die Kirchenpolitik des Reichskanzlers wiederholt eine Rolle spielte. Hätt man die Beschuldigung in diesem Rahmen fest, so verliert sie, wenn auch nicht an Schwere, so doch sehr viel von der „Ungeheuerlichkeit", welche die „Neue Preußische Zeitung" in ihr findet. Es wäre vielleicht zweckmäßiger gewesen, wenn dieses Blatt sich die Frage vorgelegt hätte, ob es durch seine eigene plötzliche Schwenkung in das antirussische Lager wirklich auch alle diejenigen seiner Gönner mitgezogen hat, die heute noch keinen andern Standpunkt für die Beziehungen zu Rußland gefunden haben als den der bekannten „Erinnerungen" des verstorbenen Hofraths L. Schneider, der Wohl und Wehe des preußischen Staats von der Gunst des russischen Kaisers abhängig sah." Wie die Kreuzzeitung berührt wurde durch die Erwähnung der Thätigkeit einer gewissen Hofkreise, so mag den „Temps" und einigen seiner geheimen Gönner zu Muthe gewesen sein, als der Name der Orleans in so überraschendem Zusammenhange genannt wurde. Sein Benehmen war nicht minder taktlos als das des Berliner Blattes. Wir sind übrigens gerecht genug, anzuerkennen, daß letzteres gegen früher sich gebessert hat; vor noch nicht allzu vielen Jahren würde es wahrscheinlich gelogt haben, jene Hofkreise, die es jetzt preisgegeben scheint, hätten die Wahrheit gesagt. Etwas vorsichtiger gebt der erschreckt auf orleanistischer Eingebung beruhende Bericht der „Times" aus Paris vor, der zwar auch noch die Möglichkeit einer Täuschung, deren Opfer die „Kölnische Zeitung" geworden sein könnte, offen läßt, sich aber doch schon jetzt darauf einrichtet, daß die Mittheilungen derselben aus guter Hand stammen. Auch die „Times" also versichert noch und theuer, daß der Graf von Paris und alle die Mitglieder seines Hauses, die auf sein Wort hören, die Candidatur des Prinzen Ferdinand mißbilligt haben und heute noch mißbilligen. Die Prinzen von Orleans sollen unfähig sein, zu Fälschungen ihre Hand zu bieten oder gar etwas zu unternehmen, was den Weltfrieden bedrohen könnte. Die „Times", der es an erster Stelle darum zu thun ist, Frankreich das Vertrauen zu den Orleans zu erhalten, begeht den Fehler, daß sie bestimmte Personen von Beschuldigungen rein waschen will, die gegen sie gar nicht erhoben worden sind. Ob Frankreich unter der Herrschaft des Grafen von Paris glücklich sein und den Frieden bewahren würde, ist eine Frage für sich, die zunächst nicht zur Erörterung steht. Behauptet ist nur, daß Mitglieder des Hauses Orleans mit einer internationalen Kriegspartei in frevelhafter Weise mitgearbeitet haben, um den Zaren gegen den deutschen Reichskanzler aufzubringen, wodurch der Weltfriede erheblich bedroht war. Wir müssen es ablehnen, in die Erörterung von Dingen einzutreten, die in unsern Mittheilungen über die Unterredung des Zaren mit dem deutschen Reichskanzler nicht behauptet worden sind, und lassen es darum auch auf sich beruhen, ob Prinz Ferdinand mit oder ohne Einverständniß des Grafen von Paris gehandelt hat. Heute ist der deutsche Botschafter in Wien, Prinz Reuß, von Amsterdam, wo er sich einer Cur wegen aufhielt, nach Berlin gekommen und vom Kaiser empfangen worden. Wenn er dem Fürsten Reichskanzler in Friedrichsruh gleichfalls einen Besuch machen sollte, so wird man schwerlich behaupten, daß er hierher berufen war, um die Fälschung gewisser Actenstücke, die dem Kaiser von Rußland vorgelegen haben, persönlich und amtlich zu erhärten. Die Untersuchungen sind nach keiner Seite hin abgeschlossen, und schon aus diesem Grunde sind fürs erste schwerlich amtliche Mittheilungen zu erwarten. Also werden die Leute in Berlin, wie in Paris und anderswo, deren Gewissen beschwert ist, noch einige Zeit in schwebender Pein bleiben müssen.

Man muß sich heute fragen: „Was kann aus Petersburg Gutes kommen?" Recht bezeichnend ist jedenfalls die Art, wie der „Graschdanin" sich fortwährend mit dem angeblich durch den Fürsten Bismarck in Deutschland ins Leben gerufenen „Dualismus" beschäftigt. Sogar die Thatsache, daß der Reichskanzler bei dem Zaren eine ungefähr einstündige Audienz hatte, gilt dem „Graschdanin" als eine weitere Probe der Verstellungskunst des Fürsten, oder aber als eine nochmalige Bethätigung eben jenes „Dualismus". In jedem Falle liege das historische Interesse des Augenblicks darin, daß Fürst Bismarck am Schlusse seiner Laufbahn auf den Gedanken verfallen sei, Rußland zu befeinden sei zur Zeit für Deutschland etwas Vortheilhaftes. Niemand sehe in Deutschland die Fliege, die den mächtigen Kanzler gestochen, ja vernehme nicht einmal ihr Summen. Die letzte Redewendung des russischen Hetzblattes ist ganz besonders bezeichnend. Es werden hier ganz dieselben Wege verfolgt, welche in früheren Zeiten auswärtige Regierungen und inländische Oppositionsfractionen zur Bekämpfung der preußischen und deutschen Politik benutzt haben. Diese Politik wird einfach als Ausfluß der persönlichen Bosheit des Fürsten Bismarck hingestellt und der Eindruck zu erwecken gesucht, als wenn diese Politik nicht die volle Zustimmung des Kaisers hätte. Es liegt natürlich im russischen Interesse, die Stellung des Reichskanzlers zu schwächen und zu untergraben, und es wäre nur bedauerlich, wenn in unsern Hofkreisen ebenfalls dahin gearbeitet würde.

Sehr bemerkenswerthe Kundgebungen zur Sache kommen aus Oesterreich. Unter officiösem Wiener Zeichen — so meldet ein Drahtbericht der „Vossischen Zeitung" aus Pest — veröffentlicht der „Pester Lloyd" folgenden, angeblich Berliner Brief, von dem er versichert, daß er von sehr guter Seite stamme, über die bekannte Unterredung des Zaren mit dem Reichskanzler am 18. November:

„Die nächste Umgebung des Reichskanzlers macht beiläufig den Eindruck, wie der Generalstab eines großen Heerführers, der sorben eine sich ihm unerwartet dargebotene Gelegenheit zu einer genialen Attacke benutzt und dieselbe in der glänzendsten Weise ausgeführt hat. In welchem Maße die darüber herrschende Befriedigung Dazu beiträgt, die betreffenden Herren dieknal so mitheilsam zu machen, wie sie sind, muß dahingestellt bleiben; genug, man erhält bereitwillig Auskunft über die Vorgänge am 18. d. M. zwischen dem Reichskanzler und dem Zaren. Danach haben die Vorgänge einen genauen dramatischen Verlauf genommen.

Beide Theile, anfangs kühl, traten sich gegenseitig mit gemessener Höflichkeit, beziehungsweise mit schuldiger Ehrfurcht entgegen; beide Theile aber hätten sehr wohl das Schwergewicht des Momentes und waren sich vollkommen klar, wie viel von dem abhänge, was sie sich zu sagen die Absicht hatten. Es schien übrigens, als wäre Jeder von ihnen mit der Absicht zu der Besprechung gekommen, möglichste Offenheit walten zu lassen. Allmälig erwärmten sich Beide, und in dem Augenblicke, in welchem Kaiser Alexander die unbedeutenden Anklagen gegen Deutschlands Politik und ausdrücklich gegen die Haltung des Fürsten Bismarck vorbrachte, hatte es fast den Anschein, als würde Bismarck seine Gemüthsruhe, ja seine Gewandtheit verlieren. Die Art und Weise, in welcher er dem Zaren rundweg erklärte, daß man es gewagt, ihn, den Kaiser, zu betrügen, der Ton, in welchem er constatirte, daß man sich Fälschungen erlaubt habe und daß man den Zaren systematisch hinter's Licht geführt, — diese Art und Weise, dieser Ton entsprachen nicht ganz dem Herkommen.

Kaiser Alexander hatte nach den ihm vom Reichskanzler gegebenen Aufklärungen in sehr bestimmter Weise versichert, daß er überhaupt die Erhaltung des Friedens wünsche und jetzt sehr gern die Versicherung wiederhole, daß ihm weder ein Angriff gegen Deutschland noch die Theilnahme an einer gegen Deutschland gerichteten Coalition in den Sinn komme. Darauf nahm Fürst Bismarck Veranlassung, den Kaiser zu bitten, daß er auch der von Deutschland abgeschlossenen Bündnisse gedenken möge. Fürst Bismarck machte kein Hehl daraus, daß, wer mit Deutschland in Frieden leben wolle, auch dessen Verbündete nicht angreifen dürfe; er führte ganz direct den casus foederis dem Zaren vor Augen und ließ sich hierüber so deutlich aus, daß Kaiser Alexander ausdrücklich erklärte, die Bemerkungen des Fürsten in Bezug auf die Allianzen Deutschlands und auf den durch Verträge verbrüderten casus foederis enthielten für ihn eigentlich nichts Ueberraschendes und nicht einmal etwas Neues, aber er nehme Act davon, daß Deutschland, wenn er übrigens nie gezweifelt, seine vertragsmäßigen Verpflichtungen ernst auffasse. Es gelang dem Fürsten Bismarck, die Besprechung derart zu lenken, daß Kaiser Alexander in weiterer Folge äußerte, er ergänze seine frühere Versicherung, gegen Deutschland keinen Angriff und keine Theilnahme an dem Angriff von anderer Seite zu planen, bereitwillig dahin, daß ganz dasselbe auch mit Bezug auf Oesterreich-Ungarn seine Geltung habe, unter der selbstverständlichen Voraussetzung, daß von dieser Seite keinerlei Provocationen gegen Rußland erfolgen, eine Voraussetzung, die der Zar übrigens als außer Frage stehend betrachten zu dürfen glaube.

Damit wäre die Hauptsache erschöpft. Was die Friction am Hofe betrifft, so fragt es sich nur, um welchen Zeitpunct es sich dabei handelt. Früher einmal sprach man ja offen von einem jetzt schon verstorbenen Feldmarschall, dem von einer Gräfin S., einem Bringen und einigen anderen Persönlichkeiten, die den Reichskanzler öfter ernstlich in Harnisch gebracht. In einer späteren Epoche wollte man den Anhang hochstehender Damen einer Gegnerschaft gegen den Fürsten Bismarck anklagen, doch ließ sich kaum jemals zweifelsfrei feststellen, was daran wahr und was erfunden war. Infolgedessen aus der jüngsten Vergangenheit Dinge erzählt werden, welche darthun sollen, daß einflußreiche deutsche Persönlichkeiten die Bemühungen des Reichskanzlers nach außen hin zu durchkreuzen suchen, so dürfte es sich um den sogenannten „Hofstratsch" handeln, der hier von einem gewissen Kreise allerdings ziemlich stark gepflegt wird, und der, was man nicht leugnen kann, unter Umständen sehr wohl eine bedenkliche Wirkung auszuüben vermöchte. Jedenfalls ist sicher, daß Fürst Bismarck ganz der Mann dazu ist, einem derartigen lichtscheuen Treiben, wenn es unbequem oder gar gefährlich werden sollte, energisch zu steuern. Die Schuldigen mögen sich hüten; auch wenn sie hoch stehen, „wird sie der Arm des Kanzlers treffen; er hat sie großmüthig gewarnt, nützt dies nichts, so wird er sie erbarmungslos unschädlich machen".

Die hier vorliegende Darstellung führt selber im Eingange ihren Ursprung auf „die nächste Umgebung des Reichskanzlers" zurück, deren Mittheilsamkeit in diesem Falle besonders hervorgehoben wird. Wie weit dies den Thatsachen entspricht, überlassen wir der Verantwortung des ungarischen Blattes und seines Gewährsmannes. — Wie schon telegraphisch gemeldet, wird die Thronrede bei Eröffnung des Reichstages auch von allen Wiener Journalen sehr eingehend besprochen. In dem darauf bezüglichen Artikel des Wiener officiösen „Fremdenblattes" wird unter Anderm gesagt:

Die Thronrede, mit welcher der deutsche Reichstag heute eröffnet wurde, ist ihrem ganzen Inhalte nach eine Manifestation von ganz ungewöhnlicher Tragweite. Sie berührt alle Gebiete der Gesetzgebung und der Politik. Sie zeichnet die ökonomische Richtung, welche Deutschland einschlagen wird, vor, und sie schließt mit einer neuerlichen Kundgebung der Ziele, welche das deutsche Reich verfolgt, der Aufgaben, die seine Staatskunst sich gesetzt hat, der Mittel, welche deren Erreichung sichern sollen. Selbst wenn die Zeitperiode frei von jeder Besorgniß wäre und die Zukunft klarer vor uns liegen würde, als es thatsächlich der Fall ist, würde die deutsche Thronrede eine Manifestation sein, welche Europa mit Aufmerksamkeit entgegennehmen müßte. Der Charakter unserer Zeit, die verschiedenen Zwischenfälle derselben, die Stellung Deutschlands unter den Reichen Europas und schließlich der bestimmte, nahezu feierliche Ton, mit welchem die auswärtigen Beziehungen besprochen werden, müssen deren Bedeutung und Eindrücke wesentlich erhöhen. . . .

Aber der weitaus bedeutsamste Theil der deutschen Thronrede ist derjenige, welcher die Politik sowohl des deutschen Reiches als auch dessen Beziehungen zu den anderen Mächten, welcher auch die Natur des bestehenden Bundesverhältnisses mit einer Klarheit darlegt, in einer Bestimmtheit offenbart, welche den Zweck zu verfolgen scheint, jede absichtliche oder unabsichtliche Mißdeutung vollkommen auszuschließen. Vielleicht haben gerade die Entstellungen, denen die Politik des deutschen Reiches und seine Verbündeten dort ausgesetzt waren und noch preisgegeben sind, wo der gesetzende staatsrechtliche Zustand des Continents keine Befriedigung gewährt, den Herrscher des deutschen Reiches zu einer Sprache bewogen, vor welcher keinerlei Uebelwollen mehr sich behaupten kann. „Die auswärtige Politik des deutschen Reiches ist" — so erklärt die Thronrede — „mit Erfolg bemüht, den Frieden Europas, dessen Erhaltung ihre Aufgabe ist, durch Pflege der freundschaftlichen Beziehungen zu allen Mächten, durch Verträge und Bündnisse zu befestigen". Die Verträge und die Bündnisse schließen demnach die freundschaftlichen Beziehungen zu allen Mächten nicht aus. Sie wünschen vielmehr dieselben, weil sie den Bundesgenossen bei ihrem Streben, den Frieden zu erhalten, nur behilflich sein können. Nur eine Entstellung konnte unserem Vertragsverhältniß zu Deutschland, konnte dem Hinzutritt Italiens zu den Zielen der Bundesgenossenschaft eine gegen andere Mächte gerichtete Spitze imputiren, während in Wirklichkeit die Verbündeten die Pflege der guten Beziehungen zu allen übrigen Cabinetten als in ihrem politischen Herzen liegend erachten. Denn das Bündniß zwischen den Centralmächten ist nicht Selbst- und nicht der Endzweck. Dieser ist die Erhaltung des Friedens auf Grund des geltenden Rechtes, und Alles, was denselben noch weiter zu sichern vermag, ist den Mächten erwünscht, wird von ihnen als feineres Mittel angestrebt.

Die deutsche Thronrede hat übrigens das Ziel der Verträge und der Bündnisse in unverhüllter Weise auch näher erläutert, und aus dieser Stelle spricht das entschiedene Bemühen, all' Diejenigen vollständig zu beruhigen, welche hinter denselben geheimnißvolle Wünsche vermuthen und damit die öffentliche Meinung in verschiedenen Ländern irreführten. Sie spezificirt als die Aufgabe der Verbindung der Mächte, den Kriegsfackeln vorzubeugen und ungerechten Angriffen gemeinsam entgegenzutreten. Der Bund ist demnach berufen, den Frieden Europas auf jede Weise zu sichern. Er will trotz allen Trübungen vorbeugen, und Europa hatte bereits mehrfache Gelegenheit, für die in dieser Hinsicht entwickelte Thätigkeit sich dankbar zu erweisen. Aber auch Derjenige, der einen ungerechten Angriff unternehmen und dadurch den Frieden brechen wollte, weiß, was seiner harrt. Er hat die gemeinsame Macht zu gewärtigen. Nichts Anderes demnach als die wirksame Sicherung des Friedens ist der Zweck der Verbindung. Das Bündniß ist ausschließlich defensiver Natur, aber auch mit aller Kraft einer wirksamen Defensive ausgerüstet. Das deutsche Reich hat keine aggressiven Tendenzen und keine Bedürfnisse, welche durch siegreiche Kriege befriedigt werden könnten, und in dieser gemeinsamen Natur der verbündeten Staaten, denen jede offensive Richtung und jede Lust nach Eroberungen an dem gegenwärtigen Zustande Europas abgeht, liegt die Kraft des Bundes, die durch die gleiche Gesinnung der Staaten wirksam vermehrt erscheint. Eine würdigere, eine festere und zugleich offenere Widerlegung der unablässigen Verzerrungen der Politik der Centralmächte, welche insbesondere vom panslawistischen Chauvinismus in solchem Eifer betrieben wird, als sie von der deutschen Thronrede ertheilt wurde, konnte wohl nicht erwartet werden und wäre auch nicht möglich. Sie wird deshalb von allen aufrichtigen Freunden des Friedens als eine willkommene Stärkung der Zuversicht aufgenommen werden, sie wird aber, Dank der Autorität ihrer Worte, der Kraft der aus ihr sprechenden Wahrheit, auch gewiß sein, selbst tiefgewurzeltes Mißtrauen zu beseitigen und der Erkenntniß zum Siege über alle Vorurtheile und alle Anfeindungen zu verhelfen, Deutschland verwahrt sich laut und feierlich gegen die Zumuthung, einen willkürlichen Angriff auf einen Nachbar je zu planen. Es geht damit direct auf diese Insinuationen ab, die hoffentlich nunmehr durch die Wucht dieser Aufklärungen und Erklärungen gebrochen werden. Was Deutschland von sich spricht, dies gilt vom ganzen Bunde. Es wäre ein großer, in hohem Maße wünschenswerther Fortschritt, wenn die solennen Worte der deutschen Thronrede endlich alle Mißdeutungen, alle Entstellungen der Politik der Centralmächte entwurzeln und alle von der Leidenschaftlichkeit erzeugten Irrthümer beseitigen würden. Wenn aber diese Besserung, unserer Erwartung entgegen, doch nicht gelingen sollte, dann wissen wir, daß uns nach den Erklärungen der deutschen Thronrede keine bange Furcht um den Frieden zu beherrschen braucht. Dann wissen wir aber auch, was geschehen wird, wenn, der Friedenspolitik der Centralmächte unbeachtet, die Leidenschaft oder Thorheit einen ungerechten Angriff auf die Ruhe Europas wagen sollte.

Das leitende Wiener Blatt, die „Neue Freie Presse", hebt hervor, daß man nicht weniger als in Deutschland in Oesterreich Anlaß habe, sich über die Tragweite des auswärtigen Passus in der deutschen Thronrede klar zu werden. Die Gefahr, gegen welche Deutschland sich waffnet, sei in noch höherem Maße eine solche, welche Oesterreich bedroht. Es möge immerhin ein weiter Weg sein, bis die Morgensonne des Krieges zur Mittagshöhe emporsteigt, aber wenn man die deutsche Thronrede recht verstehen wolle, dürfe man die Augen nicht davor verschließen, daß sie von Gefahren spricht, die nicht beschworen sind, sondern unverändert den Frieden Europas bedrohen.

### Leipzig, 28. November 1887.

* Schon seither hat Se. Majestät der Kaiser Fürsorge getroffen, daß Seine königl. Hoheit **Prinz Wilhelm** während des Winterhalbjahres, wo die militärische Beschäftigung den Prinzen weniger in Anspruch nimmt, in die Geschäfte der verschiedenen Ressorts der Landesverwaltung praktischen Einblick erlangt. So hat, wie man sich erinnern wird, seiner Zeit der Ober-Präsident der Provinz Brandenburg, Staatsminister Dr. Achenbach, die Einführung des Prinzen in die Geschäfte der Provinzial-Verwaltung geleitet und im vorigen Winter ist der Prinz in derselben Weise den Geschäften des Auswärtigen Amtes näher getreten. Wie die „Post" hört, wird zwar auch weiterhin in diesem Winter Seine königl. Hoheit diesem Ressort sein Interesse zuwenden, zugleich ist aber auch die Einführung des Prinzen in die Geschäfte des Finanzministeriums vorgesehen und wird der Herr Finanzminister die Antheilnahme des Prinzen an den Geschäften selbst leiten. In weiterer Reihenfolge wird dann Seine königl. Hoheit unter denselben Verhältnissen auch mit den übrigen Ressorts des Staatswesens vertraut gemacht — demnächst voraussichtlich mit den Geschäften des Ministeriums des Innern. Es bedarf kaum der Erwähnung, daß damit der Weg der Fürsorge für die möglichst allseitige praktische Vorbildung des Prinzen Wilhelm für das ihm dereinst beschiedene hohe Amt beschritten ist, wobei unter den obwaltenden Umständen der Hoffnung Ausdruck zu geben ist, daß der Zeitpunct der Nothwendigkeit der Uebernahme dieses Amtes noch in recht weiter Ferne liegen möge.

* Wie die „Nationalzeitung" meldet, verlaute, daß die von dem Zaren in Aussicht gestellte Sendung der gefälschten Actenstücke am Sonnabend in Berlin eingetroffen wäre. Wir beschränken uns darauf, dies Gerücht zu registriren. — Ueber ein in Berlin vielbesprochenes Hofereigniß schreibt die „Liberale Correspondenz":

„Bei dem Galadiner im Schlosse zu Ehren des Kaisers Alexander von Rußland hat der Zar, wie die Zeitungen melden, den Reichskanzler, der ziemlich weit von ihm entfernt saß, durch seinen Diener benachrichtigen lassen, daß er mit ihm zu trinken wünsche. Diese Meldung hat insofern Aufsehen erregt, als aus derselben hervorging, daß der Reichskanzler an der kaiserlichen Tafel so placirt war, daß er an der Unterhaltung mit dem hohen russischen Besuch nicht theilnehmen konnte. In der That soll diese Anordnung Gegenstand sehr lebhafter Klagen gegen den betreffenden Hofbeamten geworden sein und zwar mit der Begründung, daß die Stellung des leitenden Staatsmannes in den Augen der russischen Gäste beeinträchtigt worden sei. Vielleicht beruht die Meldung der „Kölnischen Zeitung" über die Verstimmung des Reichskanzlers lediglich einer Theil der Hofpartei auf einer Verwechselung mit dem eben erwähnten Vorgange."

Zur Erläuterung des Vorganges, auf den die „Liberale Correspondenz" anspielt, theilt man der „National-Zeitung" mit, daß das Placement der Theilnehmer an dem Galadiner verschieden sei, je nachdem es sich um ein politisches Diner oder um ein Familiendiner handelt. Bei einem Familiendiner wird die Rangordnung beobachtet, welche den Prinzen vom Geblüte den Vorrang vor den höchsten Staatsbeamten zuweist, während bei politischen Diners derartige Bestimmungen wegfallen. Darauf, daß nach Bestimmung des Kaisers das Galadiner als Familiendiner gelten sollte, wird es denn zurückgeführt, daß Fürst Bismarck, statt an der Seite des Hausministers dem Zaren gegenüber zu sitzen, entfernt von demselben placirt wurde. Ob eine solche Aenderung der durch die Bedeutung des Zarenbesuchs als selbstverständlich erscheinenden Ordnung absolut geboten war, ist eine Frage, deren Entscheidung allerdings den genauen Kennern der Hofetikette überlassen bleiben muß.

* Mit Bezug auf die Notiz, **Prinz Ludwig von Bayern** sei zum Generalmajor befördert, wird mitgetheilt, daß diese Beförderung den Prinzen Ludwig Ferdinand von Bayern betrifft; Prinz Ludwig, der präsumtive Thronfolger, ist längst Generallieutenant.

* * *

* General Saussier, Militair-Gouverneur von Paris, ist einer der gewichtigsten Männer der französischen Republik. Man spricht häufig von Saussier als dem künftigen